

Die neue Volkspartei
BM Sebastian Kurz
GS Elisabeth Köstinger
Kira Grünberg
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

Favoritenstraße 111/10
1100 Wien

Telefon: +43 (0)1 81 22 642
Fax: +43 (0)1 81 22 642-85

office@lebenshilfe.at
www.lebenshilfe.at

Wien, 20. Oktober 2017

Sehr geehrter Herr Bundesminister Kurz!
Sehr geehrte Frau Generalsekretärin Köstinger!
Sehr geehrte Frau Grünberg!

Ihre Partei ist von den österreichischen Bürgerinnen und Bürgern als starke Vertretung in den Nationalrat gewählt worden und hat damit eine große Verantwortung übernommen. Als Lebenshilfe Österreich gratulieren wir Ihnen zu Ihrem Wahlerfolg und dürfen uns zu Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode mit unseren zentralen Anliegen an Sie wenden und Sie bitten, sie in Ihre politische Agenda aufzunehmen und für die Umsetzung Sorge zu tragen. In den nächsten Wochen erlauben wir uns bei Ihnen um ein persönliches Gespräch anzusuchen.

Die Lebenshilfe Österreich setzt sich als größte und seit 50 Jahren aktive Interessenvertretung für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein. Wir unterstützen Menschen mit intellektuellen Behinderungen und deren Angehörige auf ihrem Weg zu einem selbstbestimmten Leben und zur Teilhabe mitten in unserer Gesellschaft. In den Vereinen zur Interessenvertretung sind um die 16.000 Mitglieder und Förderer organisiert. In den Dienstleistungsunternehmen der regionalen Lebenshilfen werden derzeit österreichweit insgesamt 11.000 Personen von etwa 7.200 MitarbeiterInnen begleitet.

Unser zentrales Anliegen lautet: „Ja zur Inklusion“!

Wir erwarten uns von der kommenden österreichischen Bundesregierung und vom Parlament, dass sie die Verpflichtungen, die Österreich durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechts-konvention eingegangen ist, ernst nehmen. Dies bedeutet, dass die Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans (NAP) Behinderung 2012 – 2020 auch in der kommenden Legislaturperiode zügig, konkret, verbindlich und messbar umgesetzt werden.

Weiters ist es wichtig, Schritte in Richtung Evaluierung und Weiterentwicklung des NAP ab 2020 zu setzen.

Frauen und Männer mit Behinderungen sollen in ganz Österreich die **gleichen Chancen vorfinden** und in allen Lebensbereichen die **Unterstützung erhalten, die sie brauchen**. Sie sollen darauf einen individuellen **Rechtsanspruch** haben, der nicht durch budgetäre Rahmenbedingungen behindert werden darf.

Um die Finanzierung für individuell passende Leistungen zu erleichtern, treten wir entschieden für einen **Inklusionsfonds**, den Bund und Länder speisen, ein. So kann die individuell notwendige Unterstützung für Frauen und Männer mit Behinderungen unkompliziert möglich gemacht werden und scheitert nicht an unüberwindlichen föderalen Hindernissen.

Bildung

Die Lebenshilfe Österreich fordert die Abgeordneten des Nationalrats und die neue österreichische Bundesregierung auf, inklusive Bildung auf allen Ebenen konkret und zügig umzusetzen. Dieses Ziel sehen wir erreicht, wenn der Bund und die Länder eine Vereinbarung abschließen und sich gegenseitig in einem Stufenplan verpflichten, inklusive Bildung von den Angeboten für Kleinkinder bis zur universitären Ausbildung und der allgemeinen Erwachsenenbildung bis 2023 umzusetzen.

Verpflichtende Bildungsangebote schließen immer auch Menschen mit intellektuellen Behinderungen ein. Eine Behinderung hat niemals ein zu Grund sein, Menschen von Bildung auszuschließen. Daher soll auch für den **verpflichtenden Kindergartenbesuch** die Ausnahmeregelung für Mädchen und Buben mit Behinderungen gestrichen werden.

Die **Ausbildungspflicht** soll für alle gelten. Keine Ausbildungsinstitution darf eine junge Frau oder einen jungen Mann mit Behinderungen unter dem Vorwand der geminderten Arbeitsfähigkeit ausschließen.

Beschäftigung, Arbeit und Existenzsicherung

Die Lebenshilfe Österreich tritt für einen offenen und inklusiven Arbeitsmarkt ein. Mögliche Übergänge zwischen Tagesstrukturen und Werkstätten und dem allgemeinen Arbeitsmarkt sollen dabei flexibel und in alle Richtungen durchlässig gestaltet werden. Kombinationen der Nutzung von Tagesstrukturen und Arbeit in Wirtschaftsbetrieben sollen möglich sein. Menschen in Tages- und Beschäftigungsstrukturen sollen arbeits- und sozialversicherungsrechtlich mit allen anderen gleichgestellt werden.

Persönliche Assistenz und Persönliches Budget

Die Lebenshilfe Österreich fordert Rechtsansprüche auf qualifizierte Persönliche Assistenz sowie auf personenzentrierte Unterstützung für alle Menschen mit Behinderungen unabhängig vom Ausmaß und Art der Beeinträchtigung. Persönliche Assistenz und Persönliches Budget sollen österreichweit gesetzlich verankert und angeboten werden.

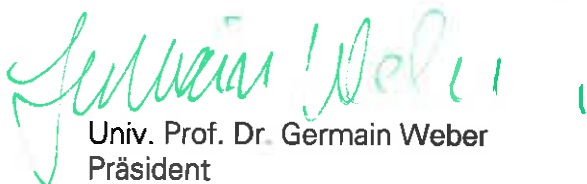
Gesundheit

Alle Menschen mit Behinderungen sollen einen uneingeschränkten, barrierefreien und gemeindenahen Zugang zu allen Leistungen der Gesundheitsdienste und -versorgung sowie der gesetzlichen Sozialversicherung vorfinden. Die Kompetenz der Gesundheitsdienste gegenüber Menschen mit Behinderungen ist sicherzustellen.

Dies alles soll in besonderem Maße auch für Menschen mit intellektuellen Behinderungen und für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf und herausfordernden Verhaltensweisen gelten.

Die Gesamtheit unserer Vorstellungen für eine inklusive Gesellschaft erlauben wir uns beizulegen.

Freundliche Grüße



Univ. Prof. Dr. Germain Weber
Präsident



Mag. Albert Brandstätter
Generalsekretär

